



# 2020/34 Antifa

<https://shop.jungle.world/artikel/2020/34/gedenken-mit-sondernutzungserlaubnis>

**Vor 40 Jahren ermordeten Nazis zwei Menschen in einem Hamburger Flüchtlingsheim**

## **Gedenken mit Sondernutzungserlaubnis**

Von **Anke Schwarzer**

**Vor 40 Jahren ermordeten Mitglieder des rechtsextremen Terrornetzwerks »Deutsche Aktionsgruppen« zwei Menschen in einem Hamburger Flüchtlingsheim. Es waren nicht die einzigen Verbrechen dieser Art im Jahr 1980.**

Es war anders geplant: Zum 40. Jahrestag des rassistischen Brandanschlags auf ein Flüchtlingswohnheim in der Hamburger Halskestraße sollte endlich eine feste Gedenktafel am Tatort stehen. Doch auf der Kundgebung am Samstag wird die Initiative für ein Gedenken an Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân voraussichtlich wieder nur eine provisorische Tafel aufstellen können. Obwohl die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte bereits Mitte 2019 einen entsprechenden Beschluss gefasst habe, scheitere das Aufstellen der Informations- und Gedenktafeln am bürokratischen Dickicht von Eigentumsfragen und Sondernutzungserlaubnissen, so die Gruppe, in der sich Überlebende des Anschlags, Zeitzeugen, Bekannte der beiden Opfer und Personen aus antirassistischen und antifaschistischen Gruppen engagieren.

Der Beschluss der Bezirksversammlung, ein Teilstück der Halskestraße in Châu-und-Lân-Straße, sowie entsprechend auch die dortige Bushaltestelle, umzubenennen, wurde ebenfalls noch nicht verwirklicht. Immerhin soll es in wenigen Wochen einen Gedenkort auf dem Öjendorfer Friedhof geben. Dort waren der 22jährige Nguyen Ngoc Châu und der 18jährige Do Anh Lân beerdigt worden, ihre Gräber wurden jedoch vor Jahren aufgelöst, ohne dass die Angehörigen informiert worden wären. Die beiden jungen Männer aus Vietnam kannten sich im Sommer 1980 noch nicht lange, teilten sich aber in der Unterkunft ein Zimmer. Drei Brandsätze landeten in der Nacht vom 21. auf den 22. August 1980 zwischen ihren beiden Metallbetten (**Erinnern im Abseits**).

Der Beschluss, ein Teilstück der Hamburger Halskestraße in Châu-und-Lân-Straße, sowie entsprechend auch die dortige Bushaltestelle umzubenennen, wurde noch nicht verwirklicht.

Auf der ersten Gedenkkundgebung 2014 führte ein ehemaliger Bewohner die Teilnehmer zur Rückseite des Gebäudes, in dem sich mittlerweile ein Hotel befindet, und zeigte ihnen das Fenster im Hochparterre. »Ich habe Schreie gehört, es gab Hilferufe. Später berichtete mir ein Mann, wie er vergeblich versucht hatte, den beiden zu helfen, als sie sich aus dem brennenden

Zimmer retten wollten«, sagte der Hamburger, der aus Vietnam geflohen und zum Zeitpunkt des Anschlags 20 Jahre alt war. Man habe nichts sehen können, überall sei Rauch gewesen, die Schuhsohlen seien wegen der Hitze am Boden festgeklebt. Er erzählte auch, dass die Bewohner nach der Tat alleingelassen und nicht über die Hintergründe des Anschlags informiert worden seien. Es habe keine Beratung und keine Hilfe gegeben, viele hätten noch längere Zeit in dem Haus wohnen müssen. »Es war sehr traurig, wir waren alle sehr schockiert. ‚Warum?‘ fragten wir uns. Wir wollten in Freiheit und Frieden leben. Wir konnten das alles nicht verstehen«, so der ehemalige Bewohner, der sich ebenfalls für einen Gedenkort einsetzt.

Bislang erinnert in Hamburg nichts an das Verbrechen und den Tod von Đo Anh Lân und Nguyen Ngoc Châu. Die Taten gelten als die ersten dokumentierten rassistisch motivierten Morde nach 1945 in der Bundesrepublik. Es ist jedoch davon auszugehen, dass es auch vor 1980 rassistisch motivierte Morde gegeben haben dürfte, die aber nicht als solche weder von Medien noch von staatlichen Institutionen erfasst wurden. Dazu kommt, dass in in einer rassistisch und antisemitisch geprägten Gesellschaft auch das Gedenken entsprechend geformt wird – Leerstellen, Vergessen und Verdrängen sind die Folgen. Bemerkenswert ist, dass sich in den vergangenen Jahren Gruppen in verschiedenen Städten gebildet haben, die teilweise Jahrzehnte zurückliegende Verbrechen in Erinnerung rufen und sich für ein öffentliches Gedenken einsetzen – und in manchen Fällen auch für die Wiederaufnahme von Ermittlungen.

Anders als etwa in Merseburg im heutigen Sachsen-Anhalt, wo zu DDR-Zeiten, am 12. August 1979, die kubanischen Vertragsarbeiter Delfin Guerra und Raúl Garcia Paret bei einer rassistischen Hetzjagd getötet, aber keine Verdächtigen ermittelt wurden (**Eine Stadt deckt ihre Täter**), waren die Täter des Brandanschlags in Hamburg schnell gefasst: Sie hatten die Hauswand in der Halskestraße mit »Ausländer raus!« beschmiert, mit der gleichen roten Farbe und dem gleichen Slogan, mit denen zuvor ein Schild an der Autobahnauffahrt Thieshope nahe Hamburg bepinselt worden war. Eine Autofahrerin hatte dort einen Mann und eine Frau beobachtet, sich das Autokennzeichen notiert und die Polizei informiert. Im September 1980 wurden mehrere Mitglieder des rechtsextremen Terrornetzwerks »Deutsche Aktionsgruppen« festgenommen, darunter der 2014 verstorbene ehemalige Rechtsanwalt Manfred Roeder. 1982 verurteilte das Stuttgarter Oberlandesgericht den Täter und die Täterin des Hamburger Anschlags zu lebenslänglicher Haft, einen Bombenbauer und -leger zu sieben Jahren und Roeder zu 13 Jahren Gefängnis.

Roeder wurde wegen einer günstigen Sozialprognose 1990 vorzeitig entlassen, geriet aber bald wieder in die Schlagzeilen: 1995 und 1996 protestierte er gegen die Ausstellung »Vernichtungskrieg – Verbrechen der Wehrmacht 1941 bis 1944« des Hamburger Instituts für Sozialforschung und verübte einen Anschlag auf diese. Bei einem späteren Prozess wurde er von Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt begleitet, die später den rechtsterroristischen »Nationalsozialistischen Untergrund« (NSU) gründeten.

Dem Mordanschlag in der Halskestraße waren zahlreiche andere rechtsextreme Angriffe verschiedener Nazigruppen vorausgegangen, weitere, auch tödliche, folgten. Mindestens 35 rechtsextreme Taten sind für die Jahre 1979 und 1980 dokumentiert: Sprengstoffanschläge auf Sendemasten, Drohbriefe, Brandanschläge, Überfälle auf Buchläden, Gedenkstätten, Jugendclubs und Wohnhäuser sowie der Bombenanschlag auf das Münchner Oktoberfest am 26. September 1980. Im zweiten Halbjahr 1980 kamen 16 Menschen ums Leben und über 200 wurden schwer verletzt. Weitere Morde, etwa 1982 die an **Adrian Maleika in Hamburg** und an

Tevik Gürel in Norderstedt, 1985 die an Mehmet Kaymakçı und **Ramazan Avcı in Hamburg**, sind dokumentiert. Womöglich hätten sich einige Taten verhindern lassen, hätte man die Gefährlichkeit des Rechtsterrorismus erkennen und ihn effektiver bekämpfen wollen. Und es bleibt weiterhin die Frage: Was lernen Institutionen wie die Polizei und die Gerichte daraus?

Die Kampagne »Mehr als 40 Jahre – Kontinuitäten rechten Terrors in Deutschland« erinnert nicht nur an den tödlichen Anschlag auf Nguyen Ngoc Châu und Do Anh Lân in der Hamburger Halskestraße, sondern auch an das Attentat auf das Oktoberfest, das erst im Juli nach erneuten Ermittlungen der Generalbundesanwaltschaft als rechtsextrem motivierte Tat eingestuft wurde, und an den antisemitisch motivierten Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen am 19. Dezember 1980. »Bereits vor 40 Jahren wurden Drohungen und Warnungen nicht ernst genommen und Zusammenhänge zwischen einzelnen Taten systematisch ignoriert«, schreiben die Initiatoren der Kampagne.

Auch wenn viele Verbrechen in Vergessenheit gerieten – manche Betroffene lässt das Geschehene auch 40 Jahre später nicht los. »Viele Leute sagen, wir wollen damit nichts zu tun haben, aber das finde ich schade. Man darf nicht vergessen, was passiert ist«, sagte der frühere Bewohner des Wohnheims in der Halskestraße im Jahr 2014.